



**Berlin, 15. Juni 2023
Nr. 37/2023**

Ausbildung in Gefahr: IG Metall schlägt Alarm Bezirk fordert mehr betriebliche Angebote und Ausbildungs-Umlage

Die IG Metall Berlin-Brandenburg-Sachsen macht sich für die Rettung der dualen Ausbildung in Ostdeutschland stark. „Die duale Ausbildung ist in echter Gefahr“, heißt es in einer auf der Bezirkskonferenz in Potsdam verabschiedeten Resolution. Darin fordern die Delegierten mehr betriebliche Angebote und eine Ausbildungs-Umlage. „Wer nicht ausbildet, muss zahlen“, betonte IG Metall-Bezirksleiter Dirk Schulze. „Für eine gute Zukunft der Industrie brauchen wir junge, innovative und gut ausgebildete Kolleg*innen.“

In ihrer Resolution betonen die Delegierten der Bezirkskonferenz, dass die Zahl der Ausbildungsplätze auch im Organisationsbereich der IG Metall seit Jahren zurückgeht. Die Ursachen sind unterschiedlich von Region zu Region. In Sachsen etwa können die Unternehmen nicht mehr alle Ausbildungsplätze besetzen. Hier muss daher die duale Berufsausbildung für junge Menschen wieder attraktiver werden. Zu attraktiven Bedingungen gehören nach Auffassung der Gewerkschaft neben einer guten Bezahlung auch mehr Mitgestaltungs- und Beteiligungsmöglichkeiten im Betrieb. Es gilt, mit einem massiven Ausbau der Tarifbindung und Mitbestimmungsstrukturen den Fachkräftebedarf der nächsten Jahrzehnte zu decken. Bundesweit bildet nicht einmal jedes fünfte Unternehmen überhaupt aus und im Osten sind es noch weniger. Vor allem Berlin hinkt bei der Ausbildung hinterher. Daher verlangt die IG Metall auch für Berlin, Brandenburg und Sachsen nach dem Vorbild von Bremen eine gesetzliche umlagefinanzierte Ausbildungsplatzgarantie. Gute Ausbildung kostet. Bisher zahlen nur ausbildende Betriebe. Durch eine Ausbildungsumlage werden die Kosten von allen getragen, weil alle Betriebe gut ausgebildete Fachkräfte brauchen. Zugleich ruft die IG Metall Berlin-Brandenburg-Sachsen die Unternehmen dazu auf, allen jungen Menschen eine Perspektive zu ermöglichen statt viele auszugrenzen. Konkret bedeutet dies, dass die Betriebe wieder verstärkt junge Menschen auch ohne Abitur einstellen müssen. Zudem müssen sie junge Leute mit Sprachbarrieren stärker fördern. Integration statt Ausgrenzung müsse gemeinsame Aufgabe von Beschäftigten, Arbeitgeber*innen und Bürger*innen sein, so die IG Metall.

Dirk Schulze, Bezirksleiter IG Metall Berlin-Brandenburg-Sachsen: „Die IG Metall macht sich stark für eine gemeinsame Kraftanstrengung von Wirtschaft und Politik, um die Ausbildung und damit die Zukunft der Industrie zu sichern. Ohne eine Trendwende bei der Ausbildung wird sich der Fachkräftemangel weiter verschärfen. Die Situation gerade in Ostdeutschland ist jetzt schon alarmierend. Für die IG Metall zählt jeder einzelne Ausbildungsplatz – in großen Unternehmen wie kleinen Betrieben, egal in welcher Branche. Wir brauchen mehr statt weniger



betriebliche Ausbildung zu attraktiven Bedingungen und eine umlagefinanzierte Ausbildungsgarantie.“

Für Rückfragen: Markus Sievers, 0151 29 23 11 82